Nummer 150 — Halle, Sonntag, den 6. Juli 1924 — 50 Jahrgang

Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.85 Goldmark und 40 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Zeile 0.21 Goldmark. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

In aller Kürze.

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages lehnte den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots der kommunistischen Presse ab. — Ob Severing endlich in Preußen ein gleiches Verbot erlassen wird? Nachgerade wird es wirklich nötig.

*

Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages nahm einstimmig einen Antrag der Bayerischen Volkspartei an, der die Staatsregierung auffordert, bei der Reichsregierung ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß der Kampf gegen die Kriegsschuldlüge auch vom Reich amtlich aufgenommen wird.

*

Im preußischen Landtag wurde ein Antrag der Demokraten angenommen, durch den das Staatsministerium ersucht wird, die Ausführungsbestimmungen zum Beamtensiedlungsgesetz schleunigst zu erlassen, und ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der Vorkehrungen dafür verlangt, um abgebauten Arbeitern und Angestellten die Ansiedlung zu erleichtern. Ferner wurde im Landtagsausschuß für Handel und Gewerbe ein volksparteilicher Antrag angenommen, das Staatsministerium zu ersuchen, Vorsorge zu treffen, daß bei der Aufbringung der Reparationslieferungen neben den größeren Werken auch das Handwerk und die kleine und mittlere Industrie in einer, ihrer wirtschaftlichen, technischen und sozialen Bedeutung entsprechenden Weise herangezogen wird.

*

Das Reichsgericht wird am 8. Juli über die Revision verhandeln, die von dem früheren sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner gegen das Urteil des Leipziger Landgerichts wegen Bestechung eingelegt worden ist.

*

Der deutsche Botschafter in Paris Herr von Hoesch hat bei der französischen Regierung Vorstellungen wegen der teilweisen Beschlagnahme des Düsseldorfer Regierungsgebäudes erhoben. Die Vorstellungen haben zu keinem praktischen Ergebnis geführt. Inzwischen hat der Regierungspräsident von Düsseldorf die zeitweilige Schließung des Düsseldorfer Regierungsgebäudes verfügt.

*

In einer stürmischen Sitzung des Fünfzehnerausschusses des sonderbündlerischen rheinisch-westfälischen Volksbundes in Köln ist Matthes, der Gründer und bisherige Leiter dieses Bundes, ausgeschlossen worden. Gegen Matthes war von seinen eigenen Leuten der Vorwurf erhoben worden, daß er in letzter Zeit ein unerhört brüskes Auftreten in seinen politischen Handlungen an den Tag gelegt habe.

*

Der rheinische Berichterstatter der „Times" meldet aus Wiesbaden, daß beschlossen worden sei, ein britisches Konsulat für die Pfalz und den Saarbezirk zu errichten. Mr. Magoman, der seit vier Jahren britischer Vizekonsul in Bremerhaven ist, sei zum britischen Konsul für die Pfalz und das Saargebiet ernannt worden. Das Konsulatsbureau werde in etwa 14 Tagen eröffnet.

*

Dem ausgewiesenen Oberbürgermeister und jetzigen Reichsinnenminister Dr. Jarres ist die Rückkehr nach Duisburg gestattet worden. Da Dr. Jarres wiederholt zum Ausdruck gebracht hat, daß er Wert darauf legt, den Duisburger Oberbürgermeisterposten zu behalten, rechnet man hier damit, daß er in absehbarer Zeit das Amt des Oberbürgermeisters wieder übernehmen wird.

*

Wie wir aus Kreisen des Bergbaues hören, werden zwischen der Micum und dem rheinisch-westfälischen Bergbau nach dem 1. August neue Verhandlungen aufgenommen werden zur Fortführung der wirtschaftlichen Vertragsverhältnisse. Man nimmt in diesen Kreisen an, es werde nicht möglich sein, die Frage der Micumverträge in London auf die Tagesordnung zu setzen, da die Dauer der Londoner Konferenz noch nicht zu übersehen ist, aber am 1. August vertragsloser Zustand eintreten würde.

*

In Swinemünde ist der amerikanische Torpedoboots-Zerstörer „Dale" eingetroffen. Der Kommandant machte den Spitzen der Behörden offizielle Antrittsbesuche. Der Zerstörer will auch Stettin anlaufen.

*

Das große Sterben droht wieder dem moskowitischen Idealstaat. Nicht nur ist, dank dem Mangel jeglicher Hygiene, das Malariafieber jetzt im europäischen Rußland endemisch geworden, sondern es steht eine neue fürchterliche Hungersnot bevor. An der Wolga hat die Dürre die Ernte vernichtet. In Südrußland fressen die Heuschrecken alles weg. Trotzdem hat der Bolschewiken-Kongreß beschlossen, daß die — Getreideausfuhr mit allen Mitteln forciert werden müsse. Zur Förderung der „Weltrevolution" braucht man eben Geld, damit zunächst in Deutschland die Kommunisten auf einen grünen Zweig kommen und damit schließlich ganz Europa zur Hungerwüste wird; mit einigen — selbstverständlich — fetten Oasen für die leitenden Sowjet-Leute.

„Pack schlägt sich, Pack verträgt sich."

Schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich.

Verschleppungstaktik der Franzosen und Belgier.

Die englische Regierung hatte zugleich mit der Einladung zu der Londoner Konferenz Richtlinien für die Verhandlung herausgegeben, die etwa folgendes besagen:

Die Alliierten werden im ersten Teil der Konferenz nur unter sich über die Anwendung des Dawesberichts verhandeln. Zum zweiten Teil der Konferenz wird Deutschland zugezogen werden, mit dem man in gemeinsamen Verhandlungen ein Abkommen aufsetzen wird, das von der grundlegenden Erklärung ausgeht, daß alle unterzeichnenden Mächte den Dawesbericht vorbehaltlos annehmen.

In dem Abkommen wird dann festgesetzt werden, daß Deutschland bis zu einem gewissen Datum alle Maßnahmen durchgeführt haben muß, um die Anwendung des Sachverständigengutachtens zu ermöglichen. Die Alliierten verpflichten sich ihrerseits, binnen einer ganz kurzen Frist von wenigen Wochen nach Ablauf der Deutschland gesetzten Frist alle wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die zurzeit gegen Deutschland angewendet werden, aufzuheben, wenn Deutschland fristgerecht seinerseits die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt hat.

Im Geist des Dawesberichts soll dann im Abkommen eine Erklärung der Alliierten niedergelegt werden, wonach sie sich verpflichten, die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Deutschland nur im Falle einer „gröblichen Verletzung" der Verpflichtungen von deutscher Seite wieder in Kraft treten zu lassen. Jede Verletzung der Verpflichtungen, die aus dem Sachverständigen-Gutachten hervorgeht, soll in Zukunft von einer Körperschaft geprüft werden, die von der Reparationskommission völlig unabhängig ist. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung bestimmter Bestimmungen des Sachverständigen-Gutachtens sollen vom internationalen Schiedsgerichtshofe im Haag geprüft und entschieden werden.

Die französische Regierung hat daraufhin offiziell erklärt, daß dieser Standpunkt von ihr in keiner Weise geteilt werde. In der Pariser Presse herrscht wilde Empörung. Der „Matin" schreibt:

„Die Vertreter Großbritanniens haben, als sie die Einladungen überreichten, 1. die englischen Forderungen ausführlich dargelegt, obwohl sie in offenbarem Widerspruch zu dem französischen Standpunkt standen, 2. diese Propaganda ist ohne vorherige Benachrichtigung der französischen Regierung unternommen worden, 3. der englische Standpunkt läuft auf die Streichung der wichtigsten Paragraphen des Versailler Vertrages hinaus."

Das „Echo de Paris" schreibt: Die Londoner Konferenz werde für Frankreich „ein diplomatisches Sedan" werden.

*

Herriot ist gezwungen worden, vor den vereinigten außenpolitischen Ausschüssen des Senats und der Deputiertenkammer Auskünfte zu geben.

Abg. Klok fragte: Fallen die Verpflichtungen aus dem Sachverständigenplan nach französischer Auffassung unter den Rahmen des Friedensvertrages? Welches Organ soll die etwaigen deutschen Verfehlungen feststellen und welche Sanktionen werden diese Verfehlungen nach sich ziehen? In welchem Zeitpunkt beginnen die Besetzungsfristen für das linke Rheinufer zu laufen? Herriot erklärte, er wolle in späterer Sitzung hierauf eingehen.

Briand richtete an Herriot die Frage, ob es nicht möglich wäre, den alten Garantiepakt wieder aufzunehmen, der von den Alliierten erörtert worden sei. Darauf hat Herriot nach dem „Echo de Paris" geantwortet: „Wir haben die ganze öffentliche Meinung und das britische Parlament in diesem Punkte gegen uns. Wir dürfen aber hoffen, daß uns Garantien für den Fall eines deutschen Angriffes gesichert werden."

Man sieht, es herrscht wieder einmal die schönste Uneinigkeit.

In London wird die Aufregung der französischen Rechtspresse als gänzlich unbegründet bezeichnet. Macdonald habe sich durchaus innerhalb seines Aufgabenkreises als Konferenzveranstalter gehalten. Er habe mit diesen Einladungen keinerlei Versuche gemacht, bestimmte Bedingungen für die Konferenz aufzustellen. Nach dem „Daily Telegraph" sollen die sachlichen Schwierigkeiten in folgenden Fragen zu suchen sein: 1. Welche Autorität soll Deutschlands „Verfehlungen" entscheiden (Haager Schiedsgericht und Finanzkomitte des Völkerbundes). 2. Die französische Forderung einer besonderen Eisenbahnkontrolle im besetzten Gebiet. 3. Die Regelung des Kapitaltransfers.

Macdonald soll sich über die Aussichten der Londoner Konferenz bereits recht skeptisch äußern. Aus englischen diplomatischen Kreisen hört man, aus „technischen" Gründen würde die Londoner Konferenz um acht Tage verschoben werden.

Das Pariser Ministerium des Auswärtigen teilt mit, daß die französische Regierung eine diplomatische Note nach London gesandt hat, um eine Verständigung mit der englischen Regierung über das Programm der Konferenz vom 16. Juli herbeizuführen.

Das „Echo de Paris" behauptet, daß sofort nach den Erklärungen Herriots in den vereinigten Kammerausschüssen für auswärtige Angelegenheiten und Finanzen gestern **die Frage aufgetaucht sei, ob die Londoner Konferenz überhaupt stattfinden könne. Die Ansichten seien geteilt.**

*

Hinsichtlich der Haltung Deutschlands macht der „Daily Telegraph" die bezeichnende Mitteilung, es sei vielleicht keineswegs zu bedauern, daß der Reichstag den neuen Gesetzentwürfen nicht zustimme, da ihr Inhalt vielleicht nicht ganz den Erwartungen entsprochen habe. Deshalb sei es besser, daß die Annahme des Berichts bereits beschlossen, unterzeichnet und besiegelt sei, bevor der Reichstag zustimme.

Inzwischen gehen die Tagungen der verschiedenen Komitees zur Durchführung der Gutachten ihrem Ende entgegen. Die Arbeit des Eisenbahnorganisationskomitees ist so gut wie beendet, desgleichen die des Goldnotenbankomitees. Die verschiedenen Gesetzesentwürfe zur Goldnotenbank (Goldnotenbankgesetz, Bankstatut, Rentengesetz, Währungsgesetz) werden vermutlich im Laufe der kommenden Woche fertig.

Andererseits erklärte der Außenminister Dr. Stresemann Freitag nachmittag den Parteiführern, daß eine Beratung des Reichstages über die Gesetze zum Sachverständigengutachten **nicht mehr vor der Londoner Konferenz vorgenommen** werden könne, da die Organisationsausschüsse mit ihren Arbeiten nicht rechtzeitig fertig würden.

Zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Dortmund, 5. Juli. Vor dem Kriegsgericht der französischen dritten Division hatten sich der Bergmann Gustav Wernicke aus Dortmund und der Kaufmann David Alt aus Essen (polnischer Nation) zu verantworten, weil sie gefälschte französische Banknoten wissentlich in den Verkehr gebracht haben sollten. Das Gericht verurteilte beide unter Zubilligung mildernder Umstände zu der hierfür geringsten zulässigen Strafe von je fünf Jahren Zwangsarbeit und je tausend Franken Geldstrafe.

Beginn der Kontrollmaßnahmen am 20. Juli

Wie das „Petit Journal" mitteilt, ist im Verlaufe der gestrigen Botschafterkonferenz beschlossen worden: die neuen Kontrollmaßnahmen in Deutschland sollen am 20. Juli beginnen. Die Botschafterkonferenz werde hinsichtlich des Zeitpunktes, an dem voraussichtlich die letzte Kontrollperation beendet sein wird, keine Verpflichtung übernehmen.

Amerikanische Einwanderungsziffern

New York, 4. Juli. Präsident Coolidge erließ eine Proklamation, mit der das vom Parlament beschlossene neue Einwanderungsgesetz in Kraft gesetzt und gleichzeitig die Einwanderungsquoten für die verschiedenen Länder festgesetzt werden. Die größte Einwanderungsquote entfällt auf Deutschland; 51 227 Deutschen wird die Einwanderung gestattet.

*

Auf Großbritannien entfallen ungefähr 34 000, auf Irland 28 000, Schweden 9000, Norwegen 6000, Polen 6000, Frankreich 4000, Italien 4000, Tschechoslowakei und Dänemark je 3000, Rußland, Freistaat Danzig und die Schweiz je 2000, Holland 1500. Der afrikanische Negerstaat Liberia darf 6000 Auswanderer nach den Vereinigten Staaten entsenden, bei allen anderen Staaten beträgt die Zahl der zugelassenen Einwanderer weit unter 1000.

*

Wie die Telunion erfährt, ist in Amerika die ungarische Anleihe überzeichnet worden. Die Blätter rühmen die Hilfsbereitschaft des Auslandes, die offenbar also doch keine hohle Phrase gewesen sei.

Ein Staatsmann, der seinen Humor nicht verlor.

Von Dr. Ferdinand Grautoff.

Einer ganzen Reihe politischer Memoirenwerke ist es zu verdanken, daß wir über die intime Geschichte der letzten Jahrzehnte der deutschen Politik schon viel besser unterrichtet sind, als das sonst der Fall zu sein pflegt und daß wir uns nicht mehr mit dem bekannten Wort trösten müssen, daß man immer dreißig Jahre später erfährt, wie es eigentlich wirklich gewesen ist. Neben den feierlich ernsten Büchern der letzten Zeit, die fast ausnahmslos bestimmt sind, die Verfasser sozusagen „herauszupauken", reiht sich jetzt ein Werk ein, in dem ein köstlicher, herzerfrischender schwäbischer Humor doch immer auch bei der Schilderung ernster und schicksalsreicher Probleme durchblickt. Es ist der wegen seiner treffsicheren sarkastischen Bemerkungen geschätzte — aber auch gefürchtete — ehemalige Staatssekretär von Kiderlen-Wächter, aus dessen Nachlaß — es handelt sich neben den Dokumenten hauptsächlich um etwa 3000 Briefe an seine Lebensgefährtin — Ernst Jäckh unter dem Titel „Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Leipzig und Berlin) eine ausgezeichnete Auswahl getroffen hat, die noch einmal die historischen Vorgänge, an denen Kiderlen mitwirkte, an unserem Auge vorübergleiten läßt.

Kiderlen, nach maßgebendem Urteil der einzige Staatsmann der nachbismarckschen Zeit von Kaliber, der aber leider nach einem Jahrzehnt kaiserlicher Ungnade zu spät an eine entscheidende Stelle kam und dann zu früh ging — er starb schon nach einer kaum zweijährigen Tätigkeit als Staatssekretär des Aeußeren im Dezember 1912 — war zunächst von 1888 als Beamter des Auswärtigen Amtes dem Kaiser auf seinen Reisen zugeteilt, 1895 wurde er Gesandter in Kopenhagen, dann in Bukarest und vertrat später während der türkischen Umwälzung den deutschen Botschafter in Konstantinopel. Schon von Bukarest aus war Kiderlen Inspirator der deutschen Politik, als Bethmann 1909 zunächst eine Verständigung mit England über den Flottenbau suchte, die aber schließlich daran scheiterte, daß Tirpitz nicht auf die drei Linienschiffe der neuen Flottenvorlage verzichten wollte. Dann suchte Kiderlen durch Abmachungen mit deren einzelnen Mitgliedern — Marokko, Bagdadbahn, Potsdamer Abkommen — den Bestand der Triple-Entente, die die Bülowsche Amtszeit hinterlassen hatte, aufzulockern. Seine ernste Sorge aber galt der Möglichkeit, daß die Leitung des Dreibundes von Berlin nach Wien hinübergleiten könne. Mit den Worten „sonst verwickelt uns Wien über Nacht in ein Balkanabenteuer" umschreibt er die Gefahr, in die wir dann 1914, als Bethmann Oesterreich ein Blankoaktzept für den Streitfall mit Serbien ausgestellt hatte, auch schließlich „hingestolpert" sind.

Kiderlens Humor wußte Gestalten und Ereignisse auf dieser wechselreichen politischen Schaubühne mit absoluter Treffsicherheit zu charakterisieren. Es sind mehr als Spitznamen, wenn er von Bülow stets nur als von dem „Aal" spricht, oder bei dem offiziellen Kommunique über das Zusammentreffen in Baltischport schreibt: „Das hat sich der „Regenwurm" (Bethmann) offenbar von den Russen diktieren lassen." Selbstverständlich bot das ganze Hofleben für Kiderlen immer neuen Anlaß, seinen Sarkasmus zu üben. „Ich muß heute als Krieger zum Hofball" konstatiert er einmal, als er in Uniform erscheinen muß, verzeichnet aber auch von König Wilhelm von Württemberg, der seinen Gästen die Frage vorlegte, wie sie sich die Hölle vorstellten, den Ausspruch: „Wie einen Hofball". Als der Kaiser einen neuen Hofstack einführte, sagte der Oberst von Lippe bei der Anprobe zu seinem Schneider: „Darin sieht man ja aus, wie ein Affe", worauf der Schneider erwiderte: „Ach, wenn Sie erst mehrere zusammen sind, dann fällt das nicht mehr so auf." Schmunzelnd verzeichnete

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240706014/fragment/page=0001

er die Tatsache, daß der 17jährige Sohn Philipp Eulenburgs, der eine Oper komponiert hatte, deren Durchfall er in Hamburg an demselben Tage erlebt, als der Komponist selber in Berlin — durchs Abiturientenexamen fällt.

„Telegramme sind nie eilig" war ein aus seiner Amtszeit abgeleiteter Erfahrungssatz. Eine Wichern-Feier in Hamburg umgeht er, seines Renommees wegen: „Man könnte glauben, ich sei auch im Rauhen Haus (einer Pflegestätte für sittlich Gefährdete) erzogen worden." Wie aus der Leisetreterei der Hofgesellschaft die Legende vom Tode des Leutnants von Mahnke auf der Nordlandsfahrt 1897 entstehen konnte — eine Verletzung des Kaisers am Auge durch ein losgeschlagenes Tau und der Tod des Leutnants, der auf seiner Radtour abstürzte, wurden in ursächlichen Zusammenhang gebracht — kann man hier chronologisch nachlesen. Aus der Fülle köstlicher Geschichten hier eine: „Ein Herr von Zestrom hatte auf einem Badeesel in Norderney geritten und war von dem Badekommissar dafür in eine Strafe von 20 Mark genommen worden, erhielt das Strafmandat aber erst in Berlin. Er nahm eine Postanweisung und schrieb neben die Adresse: An Seiner Hochwohlgeboren Freiherr von Vincke, auf den Abschnitt: Für den Esel in Norderney."

Kiderlen sprach sehr gut französisch aber sehr schlecht englisch. Von einer Festlichkeit bei der Regatta in Cowes erzählt er, er habe sich mit der Redensart „Cowes is a very relaxing place" (Cowes ist ein sehr gemütlicher Ort) durch das ganze Frühstück hindurchgewunden, da er sie nur, wenn ein anderer ihm mit ihr zuvorgekommen war, mit der Phrase zu parieren gedacht habe: Yes, oh indeed it is so (Ja, es ist in der Tat so). Bei der Königin Viktoria bekomme man beim Diner nie das zu essen, was auf dem Menu gestanden habe, denn diese Menus wurden am Ende des Diners immer wieder eingesammelt

Oft aber beleuchten solche Bemerkungen auch wie ein Scheinwerferblitz eine ganze Persönlichkeit. Bülow war nach dem Eulenburg-Prozeß ebenfalls, und zwar zu Unrecht perverser Neigungen verdächtigt worden. Und nun wird erzählt, daß er, um in der Oeffentlichkeit sicher und wirksam aufzutreten, dies dadurch ausprobierte, daß er den ausgemessenen Gerichtssaal in der Reichskanzlei einrichten und zwei seiner Mitarbeiter als Gerichtspräsidenten und Staatsanwalt fungieren ließ, vor denen er sein Ein- und Auftreten übte. Ebenso wirkt es, wenn man an einer andern Stelle über die Entlassung Bülows erfährt, daß der Kaiser kurz darauf einem Bundesfürsten gegenüber, dem er ein Bild des Schlosses mit dem kleinen Garten an der Spree zeigte, gesagt habe: „Hier habe ich das Luder (Bülow) fortgejagt."

Je mehr Kiderlen es empfindet, daß der Ausgleich mit England an dem Widerstande von Tirpitz scheitern werde, umso seltener blitzt bei ihm der Humor durch. Nur als Tirpitz doch die entscheidende (letzte) Flottenvorlage durchgedrückt hat, erzählt er, daß ein Abgeordneter während der Begründung der Vorlage durch Tirpitz im Reichstag unentwegt nach der Decke des Saales gestarrt habe. Gefragt, warum, habe er gesagt: „Ich will sehen, wie sich die Balken biegen."

Die entlarvten Kommunisten.

Haussuchung in den Parlamenten

Wichtiges Material über Mord- und Umsturzpläne beschlagnahmt.

Im Reichstag und Landtag hat am Freitag, wie bereits kurz gemeldet, eine polizeiliche Haussuchung bei den kommunistischen Fraktionen stattgefunden, die wertvolle Aufklärung über die kommunistischen Umtriebe brachte. Dem Untersuchungsrichter waren in der letzten Zeit wiederholt glaubhafte Nachrichten zugegangen, wonach sich in den Räumen des Landtages und des Reichstages wichtiges Geheimmaterial der Zentrale der Kommunistischen Partei befinde. Der Untersuchungsrichter hat sich darauf an die Präsidenten des Reichstags und des preußischen Landtages mit der Bitte gewandt, die nach Artikel 38 der Reichsverfassung erforderliche Zustimmung zu einer Durchsuchung und Beschlagnahme zu erteilen. Die Präsidenten haben die Zustimmung zur Durchsuchung der Räume und zur Beschlagnahme der auf den Mordverdacht bezüglichen Geständnisse erteilt.

*

Das im Verlaufe der Durchsuchung beschlagnahmte Material besteht hauptsächlich aus Briefen von teilweise sehr erheblicher Länge, die anscheinend bestimmte Berichte aus den verschiedenen Bezirken und Unweisungen der Parteizentrale und der Moskauer Instanzen enthalten.

Wie wir erfahren, haben die Kommunisten auch den Antrag gestellt, sofort den Reichstag einzuberufen, um eine Besprechung der Haussuchung herbeizuführen.

Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat auch an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, worin sie den schärfsten Protest gegen die vom Präsidenten zugelassene Haussuchung in den Räumen der Kommunistischen Fraktion erhebt. Das Schreiben weist darauf hin, daß bei dem Aufbrechen der Schränke auch Schriftstücke entwendet seien, die für die parlamentarischen Arbeiten notwendig seien.

* * *

Kommunistischer Hochverrat.

Aus dem Preußenparlament.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des preußischen Landtags am Freitag gibt Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) folgende Erklärung ab: Heute früh sind mit Genehmigung des Landtagspräsidenten Leinert die Räume unserer Fraktion polizeilich durchsucht worden. Es wurden die Schränke unserer Kollegen und auch ihre Pulte im Saale erbrochen. Es wurde Aktenmaterial der Abgeordneten beschlagnahmt, ohne daß ein Verzeichnis der beschlagnahmten Sachen gegeben wurde. Präsident Leinert hat die Zustimmung zu der Durchsuchung schon am 1. Juli gegeben. Er hat es trotzdem verabsäumt, der Durchsuchung beizuwohnen, damit einen leitenden Beamten zu beauftragen oder uns von der Durchsuchung zu benachrichtigen. (Zurufe rechts, Abg. Skellerup [Komm.] macht beleidigende Rufe gegen die Rechte und wird wiederholt zur Ordnung gerufen.) Die kommunistische Fraktion verlangt die sofortige Beratung ihres Antrages, der verlangt, daß das beschlagnahmte Material sofort vom Geschäftsordnungsausschuß unter Hinzuziehung von drei Vertretern der kommunistischen Fraktion festgestellt und das für die Tätigkeit der Abgeordneten unentbehrliche Material ihnen zurückgegeben wird. (Abg. Mühlberg [Deutschnat.]: Dynamit!) Wir wollen eine sofortige objektive Prüfung des beschlagnahmten, für keinen von uns belastenden Materials. Gegen die sofortige Beratung des kommunistischen Antrags wird Widerspruch nicht erhoben. Präsident Leinert erklärt, der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik habe bei ihm die Zustimmung zu der Durchsuchung schriftlich nachgesucht. Er, Leinert, habe nach Rücksprache mit dem Reichstagspräsidenten die Zustimmung erteilt, weil ihm mitgeteilt wurde, es sei in den Fraktionsräumen Geheimmaterial der Zentrale und der deutschen Tschela der K. P. D., das wichtig sei für das Verfahren wegen Hochverrats, zweier vollendeter und mehrerer versuchter Morde. (Rufe der Komm.: Gemeiner Schwindel, Verleumdung!) Präsident Leinert schließt unter lebhaften Pfui!-Rufen der Kommunisten:

Die Immunität ist immer zu wahren, wenn nicht das Wohl der Gesamtheit dadurch verletzt wird. Weil ich aber Mörder nicht decken will, darum habe ich die Zustimmung erteilt. (Lärm und Protestkundgebungen der Kommunisten.)

Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) begründet dann den Antrag seiner Fraktion. Minister des Innern Severing, von den Kommunisten mit dem Ruf „Angeklagter" empfangen, erklärt, er wolle heute kein Material vorbringen, sondern behalte sich den passenden Zeitpunkt dazu vor. (Ruf eines Kommunisten: „Trau' nur die Nase nicht so hoch!") Wenn Dr. Meyer die Schutz- und Kriminalbeamten als „Aktaktenschnüffelnungs" bezeichnet hat, so muß ich angesichts der ausgezeichneten Haltung, die die Polizei in den letzten Monaten eingenommen hat, diese Beschimpfung pflichtgetreuer Beamten mit allem Nachdruck zurückweisen. (Lärm bei den Komm.) Wenn dem Untersuchungsrichter von anderer Seite, vielleicht sogar von kommunistischen Parteimitgliedern, die noch einen Funken Verantwortungsgefühl haben, Mitteilungen zugegangen sind, dann ist es notwendig, das Material zu beschlagnahmen, aus dem sich vielleicht ergibt, daß nicht nur der Mord an einzelnen Staatsbürgern, sondern am ganzen Staat geplant ist. (Lärm bei den Komm.) Die Kommunistische Partei arbeitet in den letzten Monaten mit dem Mittel der Lüge. (Lärm bei den Komm.)

Sie propagieren täglich den Bürgerkrieg, und doch haben Sie nie den Mut, sich zu denen zu bekennen, die wegen Vorbereitung des Bürgerkrieges verhaftet werden.

(Abg. Dr. Meyer [Komm.]: Wir haben den Mut, uns gegen den Bürgerkrieg von rechts zu wehren! — Gelächter b. d. Mehrheit.) Das Treiben der Kommunisten schädigt am meisten die Arbeiterschaft. (Abg. Pieck [Komm.]: Die Arbeiterschaft wird Ihnen das Genick umdrehen!) Präsident Leinert: Herr Abg. Pieck, das ist eine unerhörte Aufforderung zur Gewalttätigkeit. Wenn sie wiederholt wird, müßte entschieden werden, ob jemand, der so etwas sagt, noch in dieses Haus gehört! (Gelächter bei den Komm.) Minister Severing betont am Schluß unter Pfuirufen der Kommunisten und dem Beifall der Mehrheit, die Arbeiterschaft wende sich immer mehr von dem kommunistischen Treiben ab. Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.): Im Namen aller Parteien habe ich ganz kurz zur Sache Stellung zu nehmen. Die Immunität der Abgeordneten steht jedem einzelnen von uns hoch. (Gelächter bei den Komm.) Ihnen vielleicht nicht. Wer die Immunität dieses Hauses benutzt, um Dinge zu verheimlichen, die nur heimlich betrieben werden können, wirkt die Immunität herab. Die Rechtslage ist ganz einfach. Die Polizei darf in dieses Haus nicht eindringen, keine Durchsuchung und keine Beschlagnahme vornehmen, wenn nicht der Präsident dazu seine Genehmigung gibt. Ob er das tun will, ist Sache seines pflichtmäßigen Ermessens. Wenn er die Ueberzeugung gewinnt, oder wenn mindestens ein dringender Verdacht dafür vorliegt, daß dieses Haus zu einer Freistätte wird, um Verbrechen vorzubereiten, so ist es die

verdammte Pflicht und Schuldigkeit des Präsidenten, seine Genehmigung zu geben.

Hätte der Präsident unter den obwaltenden Umständen seine Genehmigung nicht gegeben, so hätte er sich letzten Endes, wenn hinter diesen Anschuldigungen Tatsachen steckten, der Begünstigung schuldig fühlen müssen. Es ist geradezu beschämend, daß es so kommen konnte; ein solches Vorkommnis wie das heutige steht einzig da in der Geschichte dieses Hauses, und dafür fällt Ihnen die Verantwortung zu. (Begleitet von stürmischen Pfuirufen der Kommunisten, verläßt der Redner die Tribüne.) Hierauf wird die Geschäftsordnungsdebatte geschlossen. Präsident Leinert stellt fest, daß die Schränke der Unabhängigen Liebknecht und Rusch nicht durchsucht worden sind. Der kommunistische Antrag, der gegen die Durchsuchung protestiert, wird gegen die Antragsteller und die Unabhängigen abgelehnt. Präsident Leinert schlägt vor, die Weiterberatung des Handelsetats auf Montag, den 14. Juli, zu vertagen. Der Antrag wird angenommen

Befehl zum Bürgerkrieg.

Ein Schreiben Trotzkis an seine „Genossen".

Der russische Oberkommunist Trotzki hat an die deutschen Kommunisten ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Der Charakter der Uebergangsepoche zur Weltrevolution macht es der deutschen kommunistischen Partei zur Pflicht, ihre Kampfbereitschaft auf das Höchste zu steigern. Nicht Vereinsorgane, die theoretisch die Richtigkeit des Kommunismus beweisen, sondern Weckrufe der proletarischen Revolution müssen die Presseorgane und die Aufrufe der kommunistischen Partei sein. Die Tätigkeit des Kommunisten im Parlament hat nicht der Diskussion mit dem Feinde, nicht seiner Ueberzeugung zu dienen, sondern einer rücksichtslosen, unbarmherzigen Entlarvung, der Entlarvung der Agenten der Bourgeoisie, der Aufrüttelung des Kampfwillens der Arbeitermassen und der Heranziehung halbproletarischer kleinbürgerlicher Volksschichten in das Proletariat.

Wo die Lage der Arbeitermassen immer unerträglicher wird, habt Ihr alles zu versuchen, um die Arbeiter in den Kampf für ihre Interessen zu bringen.

Genügt der Druck Eurer kommunistischen Partei in den Gewerkschaften, in der Presse nicht, um das Proletariat in einheitlicher Front in den Kampf hineinzuführen, so ist es die Pflicht der kommunistischen Partei, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeitermassen in den Kampf zu führen.

Die kommunistische Partei hat sich nicht nur auf die Abwehr der dem Proletariat drohenden Gefahren und die Abwehr der auf die Arbeitermassen niederzusausenden Schläge zu begrenzen, sondern sie ist verpflichtet, jeden Abwehrkampf, wenn er nur in die Tiefe und Breite wächst, zu einem Angriff auf die kapitalistische Gesellschaft zu erweitern.

Es lebe die Weltrevolution!
Mit kommunistischem Gruß

gez. Trotzki.

Scheidemanns Abbau.

In der Stadtverordnetensitzung in Kassel beschloß die bürgerliche Mehrheit gegen den Widerspruch der Sozialdemokraten und Kommunisten, gemäß der preußischen Personalabbauverordnung den Oberbürgermeister Scheidemann abzubauen. In der Entschließung heißt es: Es ist für den Dauerzustand als ausreichend anzusehen, wenn der Magistrat unter Aufrechterhaltung der Magistratsverfassung besteht aus einem Bürgermeister, dessen Tätigkeitsgebiet besonders die Finanzangelegenheit umfassen soll, ferner aus sechs besoldeten Stadträten.

Schläuche für alle Zwecke in allen Weiten und Längen im Spezialgeschäft Gummi-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Lillis Vergeltung.

Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1919 by Lit. Bur. M. Lincke. Dresden 21.

(19. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Haben Sie mit Meta etwas gehabt, Herr Bruno?" fragte ihn später Ulrike.

„O nein."

„Dann begreife ich Meta nicht! Sie waren doch sonst so nett zusammen," meinte sie kopfschüttelnd.

„Vielleicht habe ich Fräulein Meta unwissentlich verletzt; sie ist stolz und verwindet nicht leicht," entgegnete er entschuldigend.

Als die drei Schwestern abends im gemeinschaftlichen Schlafzimmer versammelt waren, berichtete Ulrike Meta ihre kurze Unterredung mit Bruno, und daß er sich ihres veränderten Benehmens wegen Schuld beimesse und sie für stolz halte. Und sie hat die Schwester, doch wie früher freundlich und gut zu dem jungen Theologen zu sein.

„Ich bin mir keiner Veränderung gegen ihn bewußt," antwortete Meta kurz und abwehrend.

Aber in der Nacht hörte Lilli sie leise weinen. Da verstand sie, durch die eigene Liebe hellsehersisch gemacht, den wahren Grund von Metas verändertem Wesen gegen Bruno Bestätigt wurde ihr dieses noch auf andere Weise. Meta hatte eines Vormittags ungewöhnlich lange über ihren Wirtschaftsbüchern gesessen. Plötzlich eilig abgerufen, entfiel ihr, ohne daß sie es merkte, ein einzelnes kleines Blatt Papier. Lilli, die nach ihr ins Zimmer kam, sah es am Boden liegen, nahm es auf und erkannte zu ihrem Erstaunen Verse von Metas Hand. Ein Gedicht, ein heimliches Geständnis:

Du wähnst mich stolz! O wüßtest du,
Daß hinterm Stolze sich versteckt
Die Liebe, die du in mir erweckt:
Erkünstelt nur ist meine Ruh.

Und wärest du nicht gar so blind,
Mein Auge müßt' Verräter sein,
Sein Blick gesehen dir alles ein,
Ob kunnt auch meine Lippen sind.

Halb zürne ich, halb dank' ich dir,
Daß du die Sprache nicht verstehst,
Daß ahnungslos du von mir gehst,
Berührtest du — was wird aus mir?

Da hatte Lilli den untrüglichen Beweis, daß ihre Schwester Bruno liebte und ohne Gegenliebe liebte, sonst hätte er doch, gleich Konradin, sich ihr offenbaren müssen. Und Lillis Seele trauerte für Meta in tiefem, verschwiegenem Mitgefühl. —

Die Ferien gingen zu Ende.

Am Tage vor der Abreise der jungen Leute unternahmen sie miteinander noch eine letzte Fahrt auf dem Haff. Fast alle beseelten sie wohl gleiche Gedanken: Nur verhältnismäßig kurze Zeit lag zwischen jenem ersten Tage, wo der junge Romeo hier den Gedicht gesprochen von Konradin, dem letzten Hohenstaufen, und doch, wie viel seelisches Erleben hatte sich dazwischen gedrängt! — Die bevorstehende Trennung warf bereits ihren Schatten voraus, und ihren Ausdruck in nichtigen Worten verschmähend, kleidete sie sich in die schönere, erreichendere Sprache der Töne.

Wehmütig und klagend hallte es über das Wasser, das alte schlichte Lied:

Morgen muß ich fort von hier
Und muß Abschied nehmen —
Scheiden, das bringt Grämen! usw.

Und dann kam der wirkliche Abschied.

Von den lieben verehrten Wirten wurde er zuerst genommen mit herzlichem Händedruck, Handkuß und herzlichem, beschwingsvollem: Auf Wiedersehen! Danach trennte sich Bruno Waren, der sich vollkommen beherrschte, mit höflicher Zuvorkommenheit und Anerkennung von den drei Schwestern. Die beiden Liebespaare hatten Gelegenheit gesucht und gefunden, sich ohne Zeugen Lebewohl zu sagen Wilhelm und Ulrike taten es mit gebührender Zärtlichkeit, aber im Gefühl ihrer gesicherten baldigen festen Vereinigung ohne heftige Gemütsbewegung. Konradin und Lillis Abschied dagegen war voll stürmischer Leidenschaft.

„Du wirst mir gut bleiben, mein einziges Lieb?" murmelte er, sie eng an sein Herz preßend.

„Ewiglich!"

„Und wirst stark genug sein, ein paar Jahre zu warten bis ich imstande bin, dir ein Heim zu bieten?"

„Zehn, zwanzig, wenn es sein muß!"

„Und — und wirst mir treu bleiben?"

„Welche Frage, Konradin! Bis zum Tode!"

„Wie ich dir! Der blaue Fels der Treue steht unverrückbar auch in meinem Herzen!"

Da reckte sie sich auf den Zehen zu seiner Höhe empor und küßte ihn mit ihrer keuchen taufrischen Lippen innig und warm, wie zur Besiegelung des Gelübdes, welches sie sich beide abgelegt hatten.

* * *

In Königsberg nahm das Leben Konradins wieder seinen alten Gang, und doch hatte es für ihn einen neuen Reiz, einen beglückenden Inhalt gewonnen. Noch länger und fleißiger als zuvor sah er über den Büchern. Denn jetzt winkte seiner Arbeit ein bestimmterer Zweck, ein erstrebenswertes Ziel. Und in seinen Mußestunden und in der Stille der Nacht, da konnte er sich in holden Zukunftsträumen da gehörten Phantasie und Herz ganz dem geliebten Mädchen an. Seine Liebe, die neue, selige Hoffnung beflügelten nicht nur seinen Geist und seinen Arbeitseifer, sie übten auch sittlichen Einfluß auf seinen äußeren Menschen, indem sie seine zarte Schönheit noch hoben, seinen Blick freier und freudiger, sein Wesen heiterer und sonnichtlicher machten und dem rosigen Schimmer besserer Gesundheit auf die sonst so blassen Wangen hauchten.

Der Präsident bemerkte es mit Genugtuung. Kein Zweifel, der Aufenthalt in Vollüp hatte dem Jungen außerordentlich gut getan!

Die angestrengte Arbeit des Winters blieb nicht ohne Lohn. Im darauffolgenden Frühjahr bestand Konradin das Staatsexamen als Doktor juris mit Auszeichnung.

„Ich habe es nicht anders von dir erwartet," sagte der Freiherr, als ihm sein Sohn mit bescheidenem Stolz die Urkunde darüber vorlegte. „Da ich bich für die diplomatische Laufbahn bestimmte, wirst du nicht lange am hiesigen Gericht tätig zu sein brauchen. Meine Verbindungen sichern dir bald eine Anstellung beim Berliner Auswärtigen Amt, wo du, deinen vorhandenen Fähigkeiten entsprechend, in der Folge umsicher zu höheren, bedeutenderen Posten aufsteigen kannst. Von einem anderen, dich rein persönlich betreffenden Plan, welcher indessen deine Laufbahn noch wesentlich unterstützen und erfolgreicher, angesehener gestalten wird rede ich dir später," schloß Seine Exzellenz mit verheißungsvollem Lächeln.

Konradin ahnte, was der Vater damit meinte, und sein Gewissen regte sich. Jetzt war es an der Zeit! Jetzt mußte er ihm Mitteilung machen von seiner Liebe zu Lilli Böhmer, damit jener in bezug auf seine Zukunft nicht im Unklaren blieb über seine unchrenhaften, irrigen Plänen und Voraussetzungen hingab. Wie er aber in die strengen Augen, die marmorharten unbewegten Züge schaute, entfant ihm der Mut dazu. Die angesagene Scheu und Furcht vor seinem Vater war zu tief schon eingewurzelt. So schob er das Gständnis, gegen die Gewissensmahnung, für gelegenere Zeit auf.

Wilhelm Stremmel hatte bereits im Herbst sein abschließendes Doktorexamen, jedenfalls zur Freude, wie es im Lateinischen heißt gemacht, und den Winter dazu benutzt, sich auch noch auf das Oberlehrerexamen vorzubereiten. Nach Ablegung desselben verschaffte ihm, neben seiner eigenen Tüchtigkeit, der empfehlende vorzügliche Ruf seines verstorbenen Vaters, der ein hervorragender Lehrer und Pädagoge gewesen und sich große Verdienste um das Gymnasium erworben hatte, an demselben Institut eine sichere, wenn auch vorläufig bescheidene Anstellung. Dies versetzte ihn in die glückliche Lage, seine Ulrike heimführen zu können. Da ihn Bräutchen und deren Eltern auf die gute Nachricht und seine Absicht hin mit Freuden einverstanden waren, so mietete Wilhelm im Umkreis des Gymnasiums eine nette Wohnung, und im Mai kamen Frau Böhmer nebst Ulrike und Lilli nach Königsberg, um sie zu befestigen, die Möbel dafür auszusuchen und auch sonst noch nötige Ausstattungsgegenstände für Ulrike zu beschaffen. Anstatt Lilli sollte eigentlich Meta, als die ältere, die Mutter begleiten; doch verzichtete jene gern zugunsten der jüngeren Schwester, der sie von Herzen ein dadurch mögliches Zusammentreffen mit dem Geliebten gönnte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Quelle des Reichtums

ist Arbeit und Sparsamkeit. Darum färben alle praktischen Hausfrauen ihre Kleider, Blusen, Gardinen usw. nur mit den weltberühmten echten Heitmann's Farben, Marke Fuchskopf im Stern. Heitmann's Farbe spart den Färber.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19240706014/fragment/page=0002